

MARKUS BÖNIG

# Corona- Wiedergutmachung von unten

Was der Staat verweigert,  
macht das Volk selbst.



MARKUS BÖNIG

# Corona- Wiedergutmachung von unten

Was der Staat verweigert,  
macht das Volk selbst.



RUDULIN

Rudulin Stichting  
Pietersbergweg 291, 1105BM Amsterdam, Niederlande  
Copyright © 2025 Rudulin Stichting, Amsterdam, Niederlande

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.  
Für Verweise und Links auf Webseiten Dritter übernehmen wir  
keine Haftung.

Satz und Layout: Nora Mohr (noramohr.com)

Webseite: [www.corona-wiedergutmachung.de](http://www.corona-wiedergutmachung.de)  
Kontakt: [support@freiheitskanzlei.de](mailto:support@freiheitskanzlei.de)

*Die Aufarbeitung beginnt nicht in Berlin.  
Sie beginnt bei Dir – in Deinem Ort.*

Nicht der Gedanke,  
sondern die Tat verändert die Welt.

# Inhaltsverzeichnis

|         |    |
|---------|----|
| Vorwort | 17 |
|---------|----|

## TEIL I

# **DAS SCHEITERN VON OBEN: JUSTIZ, POLITIK UND KONTROLLE**

### Kapitel 1:

## **Die Strafanzeige gegen Swissmedic – Hoffnung und Grenze des Rechts**

|   |    |
|---|----|
| Worum es in der Anzeige ging                                      | 21 |
| Die zentralen Vorwürfe: Zulassung, Täuschung,<br>Körperverletzung | 22 |
| Juristische Qualität – politische Wirkungslosigkeit               | 24 |
| Warum der Rechtsstaat an sich selbst scheiterte                   | 25 |

### Kapitel 2:

## **Der Ausnahmezustand und seine Erben**

|   |    |
|---|----|
| Die Stunde der Exekutive  | 28 |
| Das Bundesverfassungsgericht – Hüter oder Verteidiger der<br>Maßnahmen? | 29 |

|   |    |
|---|----|
| Gerichte im Gleichklang mit der Regierung                       | 30 |
| Infantile Demokratie – die politische Psychologie des Gehorsams | 31 |

## TEIL II

# DIE VERANTWORTUNG VON UNTEN: DER BÜRGER ALS AUFARBEITER

### Kapitel 3:

## Die Gemeinde als Ausgangspunkt

|   |    |
|---|----|
| Warum die Kommune der Schlüssel zur Wahrheit ist                    | 34 |
| Schule, Gesundheitsamt, Ordnungsamt – konkrete Verantwortlichkeiten | 35 |
| Der öffentliche Raum als Ort der Erinnerung und Klärung             | 37 |

### Kapitel 4:

## Das Corona-Regime im Alltag – Ein Katalog des Absurden

|  |    |
|--|----|
| Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen    | 39 |
| Maskenpflicht                          | 39 |
| Versammlungsverbote & Demonstrationen  | 40 |
| Gastronomie, Handel & Dienstleistungen | 41 |

|                                     |    |
|-------------------------------------|----|
| Test- und Impfnachweispflichten     | 41 |
| Bildung & Arbeitsplatz              | 42 |
| Quarantäne- und Isolationspflichten | 42 |
| Reisebestimmungen                   | 43 |

Kapitel 5:

### **Aufarbeitung als Handlung**

|  |    |
|--|----|
| Widersprüche gegen Bußgelder – rechtlich und moralisch | 45 |
| Wiederaufnahmeanträge nach § 359 Nr. 5 StPO            | 47 |
| Gnadengesuche und Rehabilitierungsforderungen          | 48 |
| Die Kraft des Einzelnen – wie Wirkung entsteht         | 50 |

TEIL III

## **DIE SUBSTANZ DES UNRECHTS: JURISTISCHE AUSWERTUNG**

Kapitel 6:

### **Was wirklich geschehen ist**

|  |    |
|--|----|
| Die Ausgangslage – Ein Ausnahmezustand ohne<br>Verhältnismäßigkeit | 53 |
| Der Übergang zur Impfkampagne – Druck statt Aufklärung             | 55 |
| Die Spaltung der Gesellschaft – bewusst erzeugt                    | 56 |

|  |    |
|--|----|
| Was wir wissen – und was nie zugegeben wurde | 58 |
|--|----|

#### Kapitel 7:

### **Die juristische Beweisführung**

|  |    |
|--|----|
| Eine verfassungswidrige Krise  | 61 |
| Die Rolle des RKI – ein Fachinstitut unter politischer Kontrolle               | 62 |
| Keine außergewöhnliche Gefahr – aber ein<br>außergewöhnliches Maß an Kontrolle | 63 |
| Systemische Irreführung – ein struktureller Rechtsverstoß                      | 64 |
| Kein Vertrauen ohne Korrektur  | 65 |
| Werkzeuge der Aufarbeitung – konkret, zugänglich,<br>gerichtsfest              | 66 |

#### Kapitel 8:

### **Ausschluss – Das stille Leid der Corona- Zeitzeugen**

|   |    |
|---|----|
| Wenn Recht bricht, bricht auch Gemeinschaft         | 69 |
| Corona-Zeitzeugen – Das Gedächtnis der Verstoßenen  | 70 |
| Wer gehört werden will, muss zuerst erzählen dürfen | 72 |

#### TEIL IV

## **DER NEUE WEG: ETHIK, ERINNERUNG, VERANTWORTUNG**

### Kapitel 9:

#### **Ethik statt Angst – Eine neue Grundlage des Zusammenlebens**

|  |    |
|--|----|
| Angst als Machtmittel – und ihre Folgen  | 74 |
| Kontrolle ist nicht Fürsorge – und Zwang kein Schutz                             | 76 |
| Erinnerung an den Widerstand – Bonhoeffer, Bohley und das<br>moralische Rückgrat | 77 |
| Eine Republik auf Augenhöhe – statt technokratischer<br>Übergriffigkeit          | 78 |

### Kapitel 10:

#### **Rehabilitierung und Würde**

|   |    |
|---|----|
| Wenn Recht versagt, bleibt die Würde                  | 80 |
| Warum Bußgeldverfahren aufgehoben werden müssen       | 81 |
| Der Gnadenerlass als politischer Imperativ            | 82 |
| Erinnerungszeichen – für die, die standgehalten haben | 83 |
| Ein Weg der Heilung – nicht der Rache                 | 84 |

## Kapitel 11:

### **Internationale Beispiele – der Beweis, dass es anders ging**

|   |    |
|---|----|
| Die große Lüge von der Alternativlosigkeit            | 85 |
| Schweden: Vertrauen statt Zwang                       | 86 |
| Florida: Freie Entscheidung, stabile Gesellschaft     | 87 |
| Japan: Kultur der Rücksicht ohne autoritäre Eingriffe | 88 |
| Tansania: Der kritische Blick aus dem globalen Süden  | 89 |
| Was uns diese Beispiele lehren                        | 89 |

## Kapitel 12:

### **Der Staat beginnt beim Einzelnen**

|   |    |
|---|----|
| Die zentrale Erkenntnis: Du bist nicht machtlos           | 91 |
| Erste Schritte: Rechte einfordern, Verfahren anstoßen     | 92 |
| Gemeinschaft suchen – und Haltung zeigen                  | 94 |
| Warum dieser Weg ein langer ist – und sich trotzdem lohnt | 95 |
| Zum Schluss: Deine Stimme zählt                           | 96 |

## **Das Märchen von der verlorenen Wahrheit**

Es war einmal ein Königreich, das für seine Weisheit, seine Kunst und seine Freiheit in allen Himmelsrichtungen berühmt war. Die Menschen lebten in Vielfalt, stritten sich oft, aber lachten auch viel, und jeder konnte sagen, was er dachte – ob klug oder töricht, ob sanft oder scharf. Doch eines Tages geschah etwas Sonderbares ...

### **Der Nebel der Angst**

Ein dunkler Nebel legte sich über das Land. Man sagte, ein unsichtbarer Feind sei gekommen – gefährlich, lautlos, tödlich. Die Weisen des Reiches, die einst freigestanden und beraten hatten, sprachen plötzlich alle mit einer Stimme. Die Stimme klang nicht mehr wie ihre eigene. Sie klang... ferngesteuert.

Der König, sonst träge und nachsichtig, verkündete streng: „Zum Schutz der Schwachen befehlen wir Masken, Abstand und das große Einschließen. Wer

widerspricht, gefährdet uns alle!“ Und das Volk, das Märchen liebte und Angst kannte, glaubte ihm.

### **Die Erzählung vom großen Drachen**

Der unsichtbare Feind wurde zum Drachen gemacht – bedrohlich, böse, überall. Und die Zauberer des Reiches – Minister genannt – reichten den Menschen magische Tränke mit dem Versprechen: „Trink – und du wirst wieder sicher sein!“ Viele tranken. Wer zögerte, wurde bespuckt wie ein Hexer.

Und es kamen neue Worte ins Land, Worte, die wie Zaubersprüche klangen: *Solidarität! Verantwortung! Schutz! Gemeinsam stark!* Die Menschen wiederholten sie wie Mantras, und je öfter sie sie sagten, desto weniger dachten sie selbst.

### **Der Bannkreis aus Worten**

Der Nebel wurde dichter, nicht lichter. Alte Freunde sahen sich nicht mehr in die Augen. Mütter umarmten ihre Kinder nicht. Alte starben allein. Und dennoch

riefen die Herolde des Königs: „Das ist gut! Das ist notwendig! Es ist zum Schutz!“

Widerspruch wurde zum Tabu. Fragen wurden zur Gefahr. Die Erzählung durfte nicht gestört werden. Und so wurde das Märchen, das alle beruhigen sollte, zur Geisel, zur Falle. Es war kein Trostmärchen mehr – es war ein Bannmärchen.

### **Die erwachenden Kinder**

Doch im Schatten des Schlosses spielten Kinder, denen niemand mehr Märchen vorlas. Und gerade deshalb sahen sie klar. Sie merkten, dass etwas nicht stimmte. Dass das Märchen nicht gut endete. Sie begannen zu fragen, zu zweifeln, zu erzählen – und mit ihnen auch einige Erwachsene, die sich erinnerten, wie Freiheit schmeckt.

Sie entdeckten alte Bücher, in denen Worte wie *Würde*, *Grundrechte* und *Eigenverantwortung* standen. Sie fanden Lieder, die vom Leben sangen – nicht vom Überleben.

Und sie hörten Stimmen, die nicht vom Hofe kamen,  
sondern aus dem Herzen.

Die große Umkehr – und die Wiedergutmachung

... Und während sie erzählten, fiel der Nebel langsam  
zurück. Nicht auf einmal – aber stetig. Denn ein gutes  
Märchen, so hatten sie gelernt, erkennt man daran, dass  
es Hoffnung schenkt – nicht Gehorsam.

Je mehr Menschen sich erinnerten, wie das Leben vor  
dem Bann gewesen war, desto mutiger wurden sie.  
Und plötzlich – so heißt es – geschah etwas, das zuvor  
niemand für möglich gehalten hätte.

Diejenigen, die bestraft worden waren, weil sie sich  
dem Märchenspruch widersetzt hatten – weil sie dem  
Kranken die Hand reichten, dem Alten einen Besuch  
brachten oder das Kind in den Arm nahmen – sie  
standen nun auf.

Sie gingen zu ihren Bürgermeistern, zu den Schreiberlingen im Rathaus und den Wächtern der Gesetze. Und sie sprachen:

**„Wir fordern die Aufhebung. Denn das, was man uns vorwarf, war kein Vergehen – es war Menschlichkeit. Wir waren keine Gefährder. Wir waren Gefährten.“**

Einige Bürgermeister senkten den Blick. Andere zögerten. Doch die Menge wuchs. Und bald schon standen sie nicht mehr allein vor den Toren, sondern zu Hunderten – mit alten Bußgeldbescheiden in der einen Hand und neuen Forderungen in der anderen.

Sie riefen:

**„Gebt uns unser gutes Recht zurück – nicht, weil wir stark sind, sondern weil ihr es uns einst zu Unrecht genommen habt.“**

Und so kam Bewegung ins Land. Erste Urteile wurden aufgehoben, Ordnungsstrafen zurückgezahlt, Einträge

gelöscht. Es war, als hätte jemand einen Zauber gelöst – nicht durch einen Kuss, sondern durch den Mut zur Wahrheit.

Und mehr noch: Es wurde ein Tag beschlossen, ein neuer Feiertag im Reich der Erwachten. Kein Siegestag – sondern ein **Tag der Würde**. An diesem Tag erzählte man in den Schulen das ganze Märchen, mit all seinen Irrwegen und seiner späten Umkehr. Denn wer die Märchen nur zur Hälfte kennt, wiederholt ihre dunklen Kapitel.

Die Menschen begannen zu verstehen: **Wahrheit braucht keinen Bann, keine Strafe, kein Flüstern hinter vorgehaltener Hand. Sie braucht Licht, Sprache und offene Herzen.**

So endete das große Märchen nicht mit einem goldenen Schloss – sondern mit einem Dorfplatz, auf dem die Menschen einander in die Augen sahen und sagten:

**„Es tut mir leid. Ich habe es damals nicht verstanden.“**

**„Ich auch nicht. Aber jetzt erzählen wir es  
anders weiter.“**

Und das war der wahre Anfang.

# Vorwort

## Warum dieses Buch notwendig ist

Was geschah, war unvorstellbar – und doch ist es geschehen. Millionen Menschen wurden ihrer Grundrechte beraubt, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort atmeten, einkaufen wollten, ihre Kinder zur Schule schicken mussten oder sich gegen eine medizinische Maßnahme entschieden, die ihnen nicht geheuer war. Ein ganzer Staat – von den Ministerien bis in die Kommunen – verhängte Maßnahmen, die auf falschen Prämissen, unzureichender Wissenschaft und systemischer Ausgrenzung beruhten.

Dieses Buch ist kein Rückblick aus Verbitterung. Es ist ein Angebot zum **Neu-Beginn** – aber nicht durch ein kollektives Verdrängen, sondern durch eine **ehrlische Aufarbeitung**. Es geht um Wahrheit, nicht um Rache. Es geht um Würde, nicht um Sieg. Und es geht darum, dass **Aufarbeitung nicht „von oben“ kommen wird** – weil die Institutionen, die uns schützen sollten, selbst Teil des Problems waren. Politik, Justiz, Medien, Fach-

behörden – sie alle haben versagt oder geschwiegen, wo Haltung gefragt gewesen wäre.

Das Strafrecht hat es nicht vermocht, dem millionenfachen Rechtsbruch eine Grenze zu setzen. Die Anzeige gegen Swissmedic – von brillanten Juristen geschrieben – wurde nicht verfolgt. Klagen wurden abgewiesen, Anfragen blockiert, Richter versetzt. Deshalb ist es an der Zeit, die Perspektive zu wechseln. **Nicht mehr auf Berlin schauen – sondern auf das Gesundheitsamt im eigenen Landkreis. Nicht auf Karlsruhe hoffen – sondern dem örtlichen Ordnungsamt widersprechen.**

Die zentrale These dieses Buchs lautet:

**Die Aufarbeitung beginnt nicht in einem Untersuchungsausschuss. Sie beginnt bei Dir.**

Sie beginnt dort, wo ein Bürger aufsteht und sein Bußgeld nicht zahlt oder zurückfordert und widerspricht. Sie beginnt dort, wo eine Gemeinde sich weigert, Unrecht unter Aktenbergen zu begraben. Und

sie beginnt dort, wo Menschen beschließen, nicht mehr zu schweigen – sondern aufzuräumen.

Du hältst hier nicht nur ein Buch in den Händen. Du hältst einen Schlüssel. Einen Schlüssel zur Aufarbeitung. Zur Rehabilitierung. Und vielleicht – zur Versöhnung.

TEIL I

**DAS  
SCHEITERN  
VON OBEN:  
JUSTIZ,  
POLITIK UND  
KONTROLLE**

## Kapitel 1:

# Die Strafanzeige gegen Swissmedic – Hoffnung und Grenze des Rechts

### **Worum es in der Anzeige ging**

Im Jahr 2022 reichte der Schweizer Rechtsanwalt **Philipp Kruse** eine umfangreiche Strafanzeige gegen **Swissmedic**, die schweizerische Arzneimittelbehörde, ein. Auf über 300 Seiten wurde minutiös dargelegt, dass es bei der Zulassung und Verbreitung der neuartigen mRNA-Impfstoffe durch Swissmedic zu **gravierenden Rechtsverstößen** gekommen sei – mit möglichen strafrechtlichen Konsequenzen.

Das Ziel der Anzeige war nicht einfach nur eine Einzelfallprüfung. Kruse ging es um eine **grundsätzliche juristische Bewertung** der staatlich gesteuerten Impfkampagne in der Schweiz – und um die rechtliche Verantwortung jener Akteure, die ihrer Aufsichtspflicht nicht nachkamen, obwohl ihnen Hinweise auf Risiken und Nebenwirkungen bereits vorlagen.

Die Anzeige war ein Versuch, **das Instrumentarium des Strafrechts** – das sonst auf individuelle Schuld und Vorsatz fokussiert – auf ein **strukturelles Staatsversagen** anzuwenden. Sie war damit mehr als eine juristische Intervention: Sie war ein Symbol dafür, dass jemand den Mut hatte, **den Rechtsstaat an seine eigenen Grundsätze zu erinnern**.

## **Die zentralen Vorwürfe: Zulassung, Täuschung, Körperverletzung**

Im Zentrum der Anzeige standen mehrere massive Vorwürfe gegen Swissmedic und involvierte Institutionen:

- **Pflichtverletzungen bei der Zulassung:** Swiss-medic habe Impfstoffe zugelassen, ohne die üblichen Standards der Arzneimittelprüfung (z. B. vollständige klinische Phase-3-Daten) abzuwarten. Gleichzeitig sei auf Vor-Ort-Kontrollen und die unabhängige Prüfung der Herstellungsbedingungen verzichtet worden.
- **Täuschung der Öffentlichkeit:** Die Darstellung der Impfstoffe als „sicher und wirksam“ sei **falsch, verharmlosend und medizinisch unhaltbar** gewesen – insbesondere angesichts fehlender Studien zur Sterilisationsimmunität, der neuartigen mRNA-Technologie und der beispiellosen Zahl gemeldeter Nebenwirkungen.
- **Unterlassene Risikobewertung und Meldeverzögerungen:** Trotz signifikanter Signalereignisse (Herzmuskelentzündung, Thrombosen, Todesfälle) sei die Kommunikation gegenüber Ärzten, Öffentlichkeit und Parlamenten **verzögert und beschönigend** erfolgt.
- **Tatbestände nach Strafrecht:** Die Anzeige prüfte eine Vielzahl möglicher Straftatbestände, u. a.:
  - **Art. 117 StGB (fahrlässige Tötung)**

- **Art. 122/123 StGB (schwere/leichte Körperverletzung)**
- **Art. 230 StGB (Gefährdung des Lebens)**
- **Art. 312 StGB (Amtsmissbrauch)**

Ziel war nicht allein die Klärung individueller Schuld, sondern auch die **Sicherstellung von Beweismitteln**, die eine systemische Verantwortlichkeitskette aufzeigen sollten: von internationalen Absprachen über Herstellungsverträge bis hin zu lokalen Impfzentren.

## **Juristische Qualität – politische Wirkungslosigkeit**

Inhaltlich war die Anzeige **exzellent aufgebaut**: Juristisch durchdacht, wissenschaftlich gut belegt, umfangreich dokumentiert. Sie war kein Aktivismus-Pamphlet, sondern ein **präzise argumentiertes Strafrechtsgutachten**, das den Anspruch hatte, die Standards des Rechtsstaates an die Realität der Pandemiepolitik zurückzuholen.

Doch obwohl sie alle Voraussetzungen für ein Ermittlungsverfahren erfüllte – **relevanter Sachverhalt, konkrete Anhaltspunkte, öffentliches Interesse** –, blieb die Reaktion aus. **Die Staatsanwaltschaft verzichtete auf die Eröffnung eines Verfahrens.** Es gab weder Hausdurchsuchungen noch Zeugenvernehmungen, keine Sicherung von Beweismitteln. Der Rechtsstaat hörte weg – nicht, weil er nicht konnte, sondern weil er nicht wollte.

Dieser Befund war für viele der ernüchternde Wendepunkt. Denn wenn selbst eine **so gut begründete und professionell eingereichte Anzeige** nicht einmal ein Ermittlungsverfahren zur Folge hat – was dann? Wie viel Unrecht muss offenbar sein, bevor der Rechtsstaat reagiert?

## **Warum der Rechtsstaat an sich selbst scheiterte**

Die Strafanzeige gegen Swissmedic ist heute nicht nur ein wichtiges Zeitdokument, sondern auch ein Spiegel: Sie zeigt, **wie tief das System verschandelt war** – poli-

tisch, institutionell, medial. Behörden schützten sich gegenseitig. Politiker verteidigten ihre Entscheidungen. Medien blockierten kritische Berichterstattung.

Was hier deutlich wird, ist ein strukturelles Problem: Der Rechtsstaat, wie er sich in der Krise zeigte, war **nicht mehr unabhängig**, sondern **Teil der staatlichen Machtausübung**. Er prüfte nicht mehr – er rechtfertigte. Er korrigierte nicht – er deckte. Genau das beschreibe ich in meinem Buch *Infantile Demokratie*: Eine Gesellschaft, die Schutz mit Kontrolle verwechselt, erzeugt ein Justizsystem, das nicht mehr Wahrheit sucht, sondern Loyalität.

Die Strafanzeige scheiterte nicht an fehlenden Beweisen – sondern am politischen Selbstschutz. Doch damit beginnt etwas Neues. Denn aus der Ohnmacht von oben erwächst die Verantwortung von unten. Wer erkennt, dass der Apparat sich selbst schützt, **wendet sich wieder dem Bürger zu** – der kleinsten Zelle der Demokratie. Dort, wo Bescheide erlassen wurden. Dort, wo Masken verteilt, Testzentren eröffnet und Kinder iso-

liert wurden. Dort beginnt jetzt die echte Aufarbeitung – lokal, konkret, unaufhaltsam.

Die Strafanzeige gegen Swissmedic ist damit **kein Schlusskapitel**, sondern **ein Prolog**. Sie beendet die Hoffnung auf die Justiz – und eröffnet den Weg für eine andere Gerechtigkeit: **nicht als Urteil, sondern als Bewusstwerdung**. Nicht als Paragraph – sondern als Prozess. Nicht von oben – sondern **von unten**.

## Kapitel 2:

# Der Ausnahmezustand und seine Erben

### **Die Stunde der Exekutive**

Mit Beginn der Corona-Krise übernahm die Exekutive nahezu vollständig die Kontrolle über die gesellschaftlichen und politischen Prozesse. Parlamente tagten eingeschränkt, Verwaltungsakte wurden zu Gesetzesersatz, und die maßgeblichen Entscheidungen wurden in Ministerien, Krisenstäben und wissenschaftlich nicht legitimierten Gremien vorbereitet.

In dieser Gemengelage entstanden Maßnahmenpakete von historischer Tragweite: Ausgangssperren, Kontaktverbote, Schulschließungen, Maskenpflicht, Testregime und später eine indirekte Impfpflicht. Was dabei weit-

gehend ausfiel, war die verfassungsrechtliche Kontrolle dieser Maßnahmen. Weder Bundestag noch Bundesverfassungsgericht zeigten den politischen Willen zur Begrenzung. Stattdessen entstand eine Art Ausnahmezustand in Permanenz.

## **Das Bundesverfassungsgericht – Hüter oder Verteidiger der Maßnahmen?**

Viele Bürger hatten gehofft, dass das Bundesverfassungsgericht als letzte Instanz den Grundrechten wieder Geltung verschaffen würde. Doch die Realität war ernüchternd. Wichtige Entscheidungen – etwa zur „Bundesnotbremse“, zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht oder zur Maskenpflicht in Schulen – wurden durch das Gericht nicht nur bestätigt, sondern regelrecht gerechtfertigt.

In einer später viel diskutierten Entscheidung zur Ausgangssperre urteilte das Gericht, der Gesetzgeber habe einen „verfassungsrechtlich legitimen Zweck verfolgt“. Dabei wurde kaum geprüft, ob die Maßnahme geeignet,

erforderlich oder angemessen war – die drei zentralen Prüfsteine der Verhältnismäßigkeit. Der Rechtsstaat verwandelte sich in einen Gesundheitsstaat.

## **Gerichte im Gleichklang mit der Regierung**

Nicht nur das Verfassungsgericht, auch zahlreiche Verwaltungsgerichte verhielten sich während der Pandemie passiv. Klagen gegen Schulschließungen, Maskenpflichten oder Isolationsverfügungen wurden in der Regel abgewiesen. Begründet wurde dies häufig mit dem „Beurteilungsspielraum der Exekutive in Gefahrenlagen“. Das aber konterkariert den Anspruch auf Rechtsschutz gerade in Krisenzeiten.

Urteile, die sich kritisch äußerten – etwa das Familiengericht in Weimar –, führten nicht zur Revision, sondern zur Disziplinierung der Richter. Hausdurchsuchungen, Dienstaufsichtsverfahren, öffentliche Diffamierung waren die Folge. Statt Gewaltenteilung herrschte Institutionenschutz.

## **Infantile Demokratie – die politische Psychologie des Gehorsams**

Wie konnte es dazu kommen, dass ein Land mit Grundgesetz, Föderalismus und richterlicher Unabhängigkeit in eine solche Form autoritärer Selbstabschaffung geriet? Eine Erklärung liegt nicht nur im Recht, sondern in der politischen Psychologie: In einer „infantilen Demokratie“ – wie ich sie in meinem gleichnamigen Buch beschrieben habe – sucht der Bürger nicht Freiheit, sondern Schutz. Nicht Diskurs, sondern Führung. Nicht Risiko, sondern Regel.

Die Angst vor Krankheit, Verantwortung und Konflikt wird politisch instrumentalisiert – und von einer Exekutive bereitwillig bedient. Der Bürger akzeptiert die Einschränkung seiner Freiheit, weil sie ihm das Gefühl von Sicherheit vermittelt. Damit aber verwischt die Grenze zwischen Gesundheitsschutz und Gehorsamspflicht – und genau das geschah in der Corona-Krise.

Wenn die Justiz ihre Aufgabe vergisst, wenn Gerichte zu Verteidigern politischer Entscheidungen werden, dann

ist die Demokratie nicht mehr wehrhaft – sondern angepasst. Und deshalb braucht es jetzt eine andere Form der Aufarbeitung: nicht vor Gericht, sondern im Gemeinderat. Nicht in Verordnungen, sondern in Erinnerungsarbeit. Nicht durch Rechtsprechung – sondern durch Würde.

TEIL II

**DIE VERANT-  
WORTUNG VON  
UNTEN: DER  
BÜRGER ALS  
AUFARBEITER**

## Kapitel 3:

# Die Gemeinde als Ausgangspunkt

### **Warum die Kommune der Schlüssel zur Wahrheit ist**

Wer heute wissen will, wo Aufarbeitung beginnen kann, sollte nicht auf Bundestagssitzungen oder internationale Gerichtshöfe hoffen. Die Aufarbeitung beginnt dort, wo das Unrecht konkret erlebt wurde: in der eigenen Stadt, dem eigenen Landkreis, der Schule vor Ort. Denn jede zentrale Entscheidung – ob Lockdown, Testpflicht, Maskenzwang oder Impfkampagne – musste vor Ort umgesetzt werden.

Die Gemeinde war keine bloße Verwaltungseinheit. Sie war der Ort, an dem staatliches Handeln für Bürger

unmittelbar spürbar wurde. Die Quarantänebescheide kamen nicht aus Berlin, sondern vom Gesundheitsamt des Landkreises. Die Ausschlüsse von Kindern ohne Maske wurden nicht vom RKI veranlasst, sondern in der lokalen Schule umgesetzt. Die Bußgelder wurden durch kommunale Ordnungsbehörden vollstreckt – mit Namen, Unterschrift und Stempel.

Gerade deshalb ist die Gemeinde auch der erste Ort, an dem eine andere Haltung wachsen kann. Hier begegnen sich Täter, Zeugen und Betroffene nicht in abstrakten Rechtsfiguren, sondern im persönlichen Alltag. Hier kann Reue möglich werden, Dialog beginnen, Aufarbeitung gelebt werden.

## **Schule, Gesundheitsamt, Ordnungsamt – konkrete Verantwortlichkeiten**

Viele Akteure der kommunalen Verwaltung sehen sich bis heute als reine „Ausführende“. Doch dieser Mythos entlastet nicht von Verantwortung. Schulen verweiger-

ten in vielen Fällen trotz Attest den Zutritt ohne Maske. Gesundheitsämter schickten zehntausende gesunde Bürger in Isolation. Ordnungsämter verhängten empfindliche Strafen gegen Spaziergänger, Maskenbefreite und Ladenbesitzer.

Dabei agierten sie nicht neutral, sondern entschieden oft aktiv – mit Ermessensspielraum, mit Formulierungen in Bescheiden, mit eigenen Interpretationen des Rechts. Lehrkräfte schickten Kinder zum Testen, obwohl pädagogisch klar war, wie sehr dies stigmatisiert. Jugendämter ließen Eltern als „Corona-Gefährder“ einstufen. Pflegeheime wurden unter Androhung von Entzug öffentlicher Mittel zur Impfung gedrängt.

Diese konkreten Vollzugsinstanzen müssen heute Teil der Erinnerung und Analyse sein. Es geht nicht um juristische Schuld – es geht um demokratische Reife: Wer sich an Anordnungen beteiligt hat, kann sich heute zur Reflexion bekennen. Und wer betroffen war, muss das Recht auf Anhörung und Anerkennung haben.

## **Der öffentliche Raum als Ort der Erinnerung und Klärung**

In vielen Städten und Dörfern war der öffentliche Raum während der Pandemie nicht Ort der Begegnung, sondern Ort der Kontrolle: Flatterband auf Spielplätzen, Sicherheitsdienste vor Rathäusern, Lautsprecherdurchsagen auf Marktplätzen. Diese Eindrücke haben sich tief ins Gedächtnis eingeschrieben.

Jetzt braucht es andere Zeichen: Kommunale Erinnerungstage für Betroffene. Öffentliche Lesungen von Erfahrungsberichten. Gedenktafeln an Orten, an denen Menschen zu Unrecht ausgeschlossen wurden. Aber auch: Bürgerversammlungen mit Verantwortlichen, wo über Entscheidungswege, Irrtümer und Einsichten offen gesprochen wird.

So entsteht ein kommunales Gedächtnis. Nicht als Vorwurf, sondern als Lernprozess. Denn wer die Lehren aus der Vergangenheit nicht lokal verankert, wird sie nie national bewältigen.

## Kapitel 4:

# Das Corona-Regime im Alltag – Ein Katalog des Absurden

Zwischen 2020 und 2022 entstanden in Deutschland tausende Vorschriften, Verordnungen und Durchführungsanweisungen, mit denen das tägliche Leben bis in intimste Lebensbereiche reguliert wurde. Was als Pandemiebekämpfung begann, wurde zu einem dichten Netz von Kontrollen, Sanktionen und Einschüchterung. Dieses Kapitel erzählt, was in der juristischen Trockenformulierung „Ordnungswidrigkeit“ kaum mehr sichtbar ist: die Absurdität, mit der Millionen Bürger schikaniert wurden. Alle Beispiele sind real oder dokumentiert.

## **Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen**

Ein Mann wird beim abendlichen Gassigehen mit seinem Hund nach 21 Uhr kontrolliert – Bußgeld: 150 Euro. Der Hund habe zwar ein Bedürfnis, aber nicht der Mensch. Eine junge Frau besucht ihre kranke Großmutter – zu zweit im Wohnzimmer. Ein Nachbar meldet die Begegnung. Beide erhalten Post vom Ordnungsamt: Verstoß gegen Kontaktregeln. Eine Geburtstagsfeier mit sechs Personen aus drei Haushalten führt zu einem Polizeieinsatz. Der Gastgeber muss 1.000 Euro Strafe zahlen – die Gäste je 250 Euro.

## **Maskenpflicht**

Eine Seniorin wird im Supermarkt angesprochen: Ihre Maske sitzt unter der Nase. Der Filialleiter ruft das Ordnungsamt. Strafe: 100 Euro – „Maskenpflicht missachtet“. Ein Schüler mit Maskenattest wird nicht zum Unterricht zugelassen. Begründung: Das Attest sei „nicht glaubwürdig“. Das Kind bleibt zu Hause – ohne Be-

treuung. In einem Linienbus setzt ein Mann kurz seine Maske ab, um Wasser zu trinken. Eine Mitfahrerin filmt ihn. Der Vorfall wird angezeigt – Ergebnis: Bußgeldverfahren.

## **Versammlungsverbote & Demonstrationen**

Eine spontane Mahnwache mit Kerzen vor dem Rathaus – zehn Personen, still und mit Abstand. Die Polizei löst sie auf: „nicht genehmigte Versammlung“. Anzeige folgt. Ein Redner auf einer genehmigten Kundgebung spricht sich gegen Maskenpflicht aus. Die Polizei bricht die Versammlung ab – „Verharmlosung der Pandemie“. Bei einer Demonstration trägt ein Teilnehmer ein Plakat: „Freiheit statt Zwang“. Der Staatsschutz notiert Personalien wegen möglicher „Delegitimierung des Staates“.

## **Gastronomie, Handel & Dienstleistungen**

Ein Cafébesitzer vergisst, die Kontaktdaten zweier Gäste vollständig zu notieren. Kontrolleure stellen dies fest – 2.500 Euro Strafe. Eine Friseurin nimmt eine Stammkundin ohne Termin. Beide tragen Maske – aber kein dokumentierter Test. Konsequenz: Bußgeld für die Kundin und Betriebsschließung für drei Tage. Ein Imbiss verkauft durch ein Fenster Pommes an Spaziergänger – im Stehen. Die Gemeinde bewertet das als „Gastronomiebetrieb mit Verzehr vor Ort“. Folge: Ordnungsgeld.

## **Test- und Impfnachweispflichten**

Ein Jugendlicher wird vom Fußballtraining ausgeschlossen – der Test war am Vortag gemacht worden und damit „nicht aktuell“. Ein Restaurantgast zeigt einen Screenshot eines Impfnachweises. Der Wirt kann die Echtheit nicht prüfen – beide erhalten eine Anzeige. Ein Pflegeheim lehnt eine Besucherin ab, deren Impfpass

handschriftlich ergänzt wurde. Sie wird der Polizei gemeldet – „Urkundsdelikt“.

## **Bildung & Arbeitsplatz**

Ein Lehrer meldet sich krank – verweigert aber tägliche Tests. Die Schulbehörde leitet ein Disziplinarverfahren ein. Eine ungeimpfte Kita-Erzieherin wird beurlaubt – ohne Lohnfortzahlung. Die Klage dauert über ein Jahr. Ein Schüler wird trotz negativem PCR-Test vom Unterricht ausgeschlossen, weil der Test nicht „von der Schulbehörde anerkannt“ ist.

## **Quarantäne- und Isolationspflichten**

Ein Vater verlässt das Haus, um für seine Familie einzukaufen – obwohl er sich in Quarantäne befindet. Ein Nachbar meldet ihn – Verfahren wegen „Gefährdung der Allgemeinheit“. Ein positiv getesteter Teenager wird von der Polizei im Park angetroffen. Er gibt an, keine Symptome zu haben. Die Beamten bringen ihn zurück –

mit Anzeige. Ein Ehepaar versäumt die fristgerechte Meldung eines Schnelltests beim Gesundheitsamt. Beide erhalten Verwarnungen – „Meldepflicht verletzt“.

## **Reisebestimmungen**

Eine Familie kehrt aus Österreich zurück – der Test nach der Einreise erfolgt zwei Stunden zu spät. Konsequenz: Bußgeldbescheid vom Gesundheitsamt. Ein Urlauber verwendet ein „Testzertifikat“ einer ausländischen Apotheke. Das örtliche Amt erkennt es nicht an – 500 Euro Bußgeld. Zwei Freunde fahren gemeinsam in ein Ferienhaus. Sie wohnen in unterschiedlichen Haushalten – erlaubt sei nur Urlaub mit dem „eigenen Haushalt“.

Diese Beispiele sind nicht Ausrutscher. Sie zeigen ein System, das auf Kontrolle statt Vertrauen, auf Sanktion statt Dialog, auf blinden Gehorsam statt Verhältnismäßigkeit setzte. Millionen Bürger wurden zu Objekten eines Verwaltungsregimes, das sich von seinen verfassungsrechtlichen Grundlagen entfernt hatte. Die recht-

liche Aufarbeitung muss auch diese Realität abbilden – nicht nur in Paragraphen, sondern in Geschichten.

## Kapitel 5:

# Aufarbeitung als Handlung

### **Widersprüche gegen Bußgelder – rechtlich und moralisch**

Viele Betroffene der Corona-Maßnahmen erhielten Bußgeldbescheide – für das Nichttragen einer Maske, das Verlassen der Wohnung während einer Ausgangssperre oder das Treffen mit Angehörigen eines anderen Haushalts. Diese Bußgelder wurden oft widerspruchslos bezahlt. Doch es gibt gute Gründe, diese Entscheidungen zu überdenken und auf dem Weg der Aufarbeitung ein rechtsstaatliches Signal zu setzen.

Juristisch sind Bußgeldbescheide keine abgeschlossenen Fakten. In vielen Fällen ist eine Überprüfung, An-

fechtung oder sogar Rückforderung möglich – etwa bei verfassungsrechtlich problematischen Verordnungen, unklarem Ermessen oder widersprüchlicher Behördenpraxis. Moralisch gesehen steht hinter dem Widerspruch jedoch mehr: Er ist ein Ausdruck der Selbstachtung. Wer sich gegen einen Bußgeldbescheid wendet, der auf einer Maßnahme basiert, die heute in Zweifel gezogen wird, stellt nicht bloß eine Formalie in Frage, er fordert Gerechtigkeit.

Gerade in Gemeinden und Landkreisen kann der gebündelte Protest gegen Bußgeldbescheide eine Signalwirkung entfalten. Wenn Dutzende Menschen mit gleichem Schreiben ihre Widersprüche einlegen oder Wiederaufnahmeverfahren beantragen, geraten die zuständigen Stellen unter Begründungsdruck. Der Rechtsstaat lebt nicht von Aktenordnern – sondern vom Mut, Recht und Unrecht unterscheiden zu wollen.

## **Wiederaufnahmeanträge nach § 359 Nr. 5 StPO**

Der § 359 Nr. 5 der Strafprozessordnung erlaubt die Wiederaufnahme eines abgeschlossenen Strafverfahrens, wenn ein neues Beweismittel vorliegt, das geeignet ist, die damalige Entscheidung zu erschüttern. Genau hier liegt ein mächtiges juristisches Instrument zur Aufarbeitung von Corona-Verurteilungen.

Viele Urteile während der Pandemie – etwa wegen Verstößen gegen Versammlungsverbote, Quarantäneverstöße oder „Missachtung behördlicher Anordnungen“ – beruhten auf einer Faktenlage, die inzwischen erheblich in Frage steht. Neue Erkenntnisse zur Wirksamkeit der Impfung, zur Rolle von Genesenen, zur Evidenzfreiheit der Maßnahmen oder zur politischen Instrumentalisierung des Notstands Narrativs können heute den Charakter von „neuem Beweismaterial“ erlangen.

Wer z. B. wegen Teilnahme an einer untersagten Demonstration verurteilt wurde, obwohl später gerichtliche Entscheidungen die Unverhältnismäßigkeit der

Verbote feststellen, hat gute Chancen, eine Wiederaufnahme zu begründen. Gleiches gilt für Verstöße gegen Masken- oder Testpflichten, wenn das zugrundeliegende Regelwerk heute als unverhältnismäßig oder rechtswidrig eingeordnet wird.

Ein solcher Antrag erfordert juristische Präzision, ist aber keine juristische Unmöglichkeit. Er ist ein Beitrag zur historischen Richtigstellung – und zum Schutz vor Wiederholung.

## **Gnadengesuche und Rehabilitierungsforderungen**

Neben dem juristischen Weg bietet das Gnadenrecht – historisch als letzte Geste menschlicher Milde gedacht – heute eine Brücke zwischen Recht und Politik. Gnadengesuche an die zuständigen Landesjustizverwaltungen können eingereicht werden, wenn die Folgen einer rechtskräftigen Entscheidung in krassem Missverhältnis zur aktuellen Bewertung der Maßnahme stehen.

Ein solches Gnadengesuch kann nicht nur auf Härte oder neue Umstände gestützt werden, sondern auch auf das gesellschaftliche Klima: Wenn sich herausstellt, dass Maskenpflichten ohne medizinische Evidenz verhängt wurden oder Impfpflichten auf einer moralischen, aber nicht wissenschaftlichen Grundlage beruhten, dann ist eine Begnadigung nicht nur legitim – sie ist geboten.

Rehabilitierungsforderungen gehen noch weiter: Sie zielen auf eine explizite Anerkennung von erlittenem Unrecht. So wie Wehrdienstverweigerer der DDR, Heimkinder oder Berufsverbote-Betroffene später öffentlich rehabilitiert wurden, braucht es heute ein Format, das Menschen würdigt, die gegen die Maßnahmen aufgestanden sind, ohne Gewalt, aber mit Haltung.

Diese Anerkennung kann symbolisch sein – durch einen Gemeinderatsbeschluss, eine Widmung oder eine öffentliche Geste. Sie kann juristisch sein – durch die Streichung aus Registern, durch Rücknahme von Eintragungen oder durch finanzielle Entschädigung. Und sie kann emotional sein – durch das ehrliche Wort: „Wir haben Dir Unrecht getan.“

## **Die Kraft des Einzelnen – wie Wirkung entsteht**

Wer heute auf die politische Landschaft blickt, mag an der Wirksamkeit individueller Handlung zweifeln. Doch die Geschichte zeigt: Veränderungen gehen selten von Institutionen aus – sondern von Einzelnen. Menschen, die unbequem wurden. Die Fragen stellten. Die nicht einverstanden waren. Und gerade weil viele dieser Einzelnen in der Corona-Krise zum Schweigen gebracht wurden, ist es heute umso wichtiger, dass ihre Stimmen gehört werden.

Ein Widerspruch gegen ein Bußgeld mag unscheinbar wirken. Ein Schreiben an den Bürgermeister, ein Besuch beim Schulamt oder ein Brief an den Landrat. Doch all diese kleinen Handlungen sind Teil eines größeren Gefüges. Sie erzeugen Rückmeldung, Aufmerksamkeit, Nachdenklichkeit. Und manchmal sogar Bewegung.

In einer Zeit, in der zentrale Institutionen versagt haben, liegt die Verantwortung für den Neubeginn beim Bürger. Nicht in der Revolte, sondern in der Haltung.

Nicht im Aufstand, sondern im Aufstehen. Die Aufarbeitung von Corona wird kein einziger Untersuchungsausschuss leisten können. Sie wird dort geschehen, wo jemand nicht mehr schweigt.

Und vielleicht beginnt sie mit einem einzigen Satz: „Ich fordere Gerechtigkeit – für mich und für viele andere.“

TEIL III

**DIE SUBSTANZ  
DES  
UNRECHTS:  
JURISTISCHE  
AUSWERTUNG**

## Kapitel 6:

# Was wirklich geschehen ist

### **Die Ausgangslage – Ein Ausnahmestand ohne Verhältnis- mäßigkeit**

Mit dem Beginn der Pandemie trat Deutschland in einen Ausnahmestand ein, der schnell zu einer dauerhaften Regierungsform wurde. Was ursprünglich als temporäre Krisenmaßnahme angekündigt wurde, entwickelte sich zu einem System umfassender Eingriffe in Grundrechte – gestützt auf dynamisch erlassene Verordnungen, begleitet von Angstkommunikation und weitgehend ohne parlamentarische Kontrolle.

Verhältnismäßigkeit – ein zentrales Gebot des Rechtsstaats – wurde zur rhetorischen Hülse. Es genügte, auf „Infektionszahlen“ oder „Modelle“ zu verweisen, um Schulschließungen, Ausgangssperren, Veranstaltungsverbote oder Isolationsanordnungen zu rechtfertigen. Der konkrete Nutzen einzelner Maßnahmen wurde selten empirisch überprüft, ihr Schaden noch seltener bilanziert. So wurde aus Unsicherheit politische Alternativlosigkeit – und aus Vorsicht Zwang.

Statt verschiedene Schutzinteressen – etwa körperliche Unversehrtheit, Bildung, soziale Teilhabe, psychische Gesundheit – gegeneinander abzuwägen, dominierte ein eindimensionales Ziel: die „Eindämmung“. Doch dieser Begriff blieb diffus. Niemand konnte sagen, wann das Ziel erreicht sei. So wurde ein Zustand geschaffen, in dem Recht nicht mehr zur Begrenzung von Macht diente, sondern zu ihrer Legitimation.

## **Der Übergang zur Impfkampagne – Druck statt Aufklärung**

Ab 2021 verlagerte sich das politische und mediale Narrativ zunehmend auf die Impfung. Sie wurde zur vermeintlichen Exit-Strategie erklärt – trotz offener Fragen zur Wirksamkeit gegen Transmission, zur Dauer des Schutzes und zu den Nebenwirkungen neuartiger mRNA-Technologien. Doch anstatt informierter Entscheidung wurde moralischer Druck aufgebaut. „Solidarität“ ersetzte Aufklärung. Aus medizinischer Maßnahme wurde gesellschaftliche Verpflichtung.

Politik und Medien gaben sich nicht mit Empfehlungen zufrieden. Vielmehr wurden direkte wie indirekte Sanktionen für Ungeimpfte eingeführt: Berufsverbote, Zugangsbeschränkungen, soziale Ächtung. Die Einführung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zementierte diesen Kurs. Selbst Menschen mit berechtigten medizinischen oder ethischen Bedenken wurden systematisch ausgeschlossen.

In dieser Phase kam es zu einem fundamentalen Bruch mit dem Prinzip der freiwilligen medizinischen Einwilligung. Statt Beratung gab es Propaganda. Statt Risikokommunikation gab es Werbekampagnen. Statt differenzierter Information gab es Drohkulissen. Die Folgen dieses Vorgehens – medizinisch, gesellschaftlich, seelisch – sind bis heute kaum aufgearbeitet.

## **Die Spaltung der Gesellschaft – bewusst erzeugt**

Ein zentrales Merkmal der Corona-Politik war nicht nur ihre technokratische Übergriffigkeit, sondern ihre Spaltungskraft. Wer Maßnahmen kritisch sah, wurde nicht gehört, sondern diffamiert. Wer sich gegen eine Impfung entschied, galt als unsolidarisch, irrational oder gar gefährlich. Medien transportierten nicht nur die Positionen der Regierung – sie verstärkten sie in Form von Meinungskampagnen.

Begriffe wie „Covidiot“, „Impfgegner“ oder „Schwurbler“ fanden Eingang in den öffentlichen Diskurs – bis

in höchste politische Ämter. Bundespräsident Steinmeier sprach davon, es gebe „keine Legitimität“ für Corona-Proteste. Die mediale Berichterstattung war häufig geprägt von Stereotypen, Verzerrungen und einer weitgehenden Tabuisierung legitimer Zweifel.

Diese Spaltung wurde nicht zufällig in Kauf genommen – sie wurde als strategisches Mittel eingesetzt, um Gehorsam durch soziale Isolation der Kritiker zu erzwingen. Familien zerbrachen, Freundschaften endeten, Kollegen wurden ausgegrenzt. Der soziale Kitt der Gesellschaft wurde geopfert – im Namen einer vermeintlichen Verantwortung.

Dabei wäre eine offene, demokratische Debatte nicht nur möglich, sondern notwendig gewesen. Doch statt gesellschaftlicher Verständigung wurde Polarisierung betrieben. Es ist diese Spaltung, die nun am schwersten zu heilen ist – weil sie das Fundament jeder Demokratie betrifft: das Vertrauen ineinander.

## **Was wir wissen – und was nie zugegeben wurde**

Inzwischen liegen zahllose Studien, Erfahrungsberichte, juristische Analysen und parlamentarische Anfragen vor, die ein deutliches Bild zeichnen: Viele Maßnahmen waren unverhältnismäßig, viele Wirkannahmen unbegründet, viele Schäden vorhersehbar. Doch das Eingeständnis dieses Versagens bleibt aus – auf allen Ebenen.

Was wir heute wissen:

Die Impfstoffe verhindern die Übertragung des Virus nicht zuverlässig – eine sterile Immunität wurde nie belegt.

Kinder litten massiv unter Schulschließungen, Isolation und Maskenzwang – ohne dass sie Haupttreiber des Infektionsgeschehens waren.

Die Übersterblichkeit stieg ab 2021 deutlich – ohne schlüssige Erklärung, aber mit klarer Korrelation zur Impfkampagne.

Zahlreiche Studien belegen inzwischen den Placeboeffekt, die mangelnde Evaluierung und das Fehlen wissenschaftlicher Grundlagen vieler Maßnahmen.

Kritiker wurden systematisch entwertet – auch wenn sie später Recht bekamen.

Was jedoch nie zugegeben wurde:

Dass das Vertrauen in Grundrechte ausgehöhlt wurde.

Dass Bürger gezielt manipuliert wurden – durch Angst, Schuld und moralischen Druck.

Dass der Rechtsstaat in seiner Kontrollfunktion versagte – aus Feigheit, Opportunismus oder ideologischer Nähe.

Dass der Diskurs als demokratisches Mittel ausgeschaltet wurde.

Die größte Wunde dieser Zeit ist nicht nur die politische Fehlentscheidung – sondern das Schweigen danach.

Die fehlende Anerkennung des erlittenen Unrechts. Die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen.

Doch gerade deshalb braucht es dieses Kapitel: nicht als Anklage, sondern als Chronik. Als nüchterne Erzählung dessen, was geschah – damit es nicht vergessen wird. Und damit wir begreifen, dass Würde nicht durch Worte entsteht, sondern durch Wahrheit.

## Kapitel 7:

# Die juristische Beweisführung

### **Eine verfassungswidrige Krise**

Die staatlichen Maßnahmen der Jahre 2020 bis 2022 haben in bislang unbekanntem Ausmaß in die Grundrechte der Bevölkerung eingegriffen. Schulschließungen, Kontaktverbote, Demonstrationsverbote, Maskenzwang, Quarantäneanordnungen, Berufsverbote und schließlich Impfpflichten – all das stützte sich auf eine angenommene Gefahrenlage, die nun, retrospektiv und auf Basis neu zugänglicher Dokumente, in einem völlig anderen Licht erscheint. **Denn: Die zentrale verfassungsrechtliche Voraussetzung für Grundrechtseinschränkungen – eine hinreichend gesicherte Gefahrenprognose – war zu keinem Zeitpunkt erfüllt.**

## **Die Rolle des RKI – ein Fachinstitut unter politischer Kontrolle**

Im Zentrum der juristischen Neubewertung steht die Erkenntnis, dass das Robert Koch-Institut (RKI), das vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zur Bundesnotbremse als fachlich unabhängige Grundlage für die Gefahrenprognose benannt wurde, in Wirklichkeit nicht unabhängig war. **Die inzwischen veröffentlichten Protokolle des Krisenstabs belegen, dass das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) wiederholt in Risikobewertungen eingriff, Empfehlungen umformulieren ließ und Veröffentlichungen politisch steuerte.**

Die Risikoeinschätzung des RKI – etwa die Hochstufung auf „hoch“ am 17. März 2020 – erfolgte nicht auf Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern unter politischem Druck. Das Kriterium „keine Deeskalationssignale vor der Ministerpräsidentenkonferenz“ ersetzte epidemiologische Begründungen. **Damit fehlte es an der verfassungsrechtlich geforderten „gesicherten Tatsachengrundlage“.**

## **Keine außergewöhnliche Gefahr – aber ein außergewöhnliches Maß an Kontrolle**

Weder die tatsächliche Gefährlichkeit des Virus noch die behauptete Überlastung des Gesundheitssystems können im Nachhinein den umfassenden Grundrechtseingriffen juristisch standhalten:

Die Einstufung des Virus in Risikogruppe 3 der Biostoffverordnung (nicht Gruppe 4!) weist es ausdrücklich als kontrollierbar aus.

Die Krankenhausauslastung erreichte im Jahr 2020 einen historischen Tiefstand. Kein Bundesland meldete Engpässe.

Eine flächendeckende Übersterblichkeit blieb aus. Das Sterbe geschehen blieb über weite Strecken innerhalb der statistischen Schwankung.

Vergleichsstaaten wie Schweden, Florida oder Japan erreichten vergleichbare Ergebnisse ohne Lockdowns, Maskenzwang oder Impfdruck.

Hinzu kommt: Der zentrale Rechtfertigungsnarrativ – „Impfen schützt andere“ – ist spätestens seit 2022 nachweislich falsch. Die mRNA-Impfstoffe verhinderten keine Ansteckung. Dies war den Herstellern und Behörden früh bekannt, wurde aber nicht öffentlich kommuniziert. Die Folge: Millionen Menschen wurden auf Basis einer unrichtigen Tatsachengrundlage diskriminiert, sanktioniert und entrechtet.

## **Systemische Irreführung – ein struktureller Rechtsverstoß**

Die Täuschung war kein Einzelfall. Ein offizielles Strategiepapier aus dem Bundesinnenministerium empfahl bereits im März 2020, die Bevölkerung durch Schockbilder, Kinderängste und Worst-Case-Szenarien zu „Folgebereitschaft“ zu bewegen. Das RKI wurde politisch instrumentalisiert, Kritiker systematisch diffamiert.

Maskenpflichten wurden eingeführt, obwohl keine ausreichende Evidenz vorlag. Impfrisiken wurden verharmlost, obwohl interne PEI-Meldungen massive Nebenwirkungen und Todesfälle dokumentierten.

**Die juristische Relevanz dieser Vorgänge ist erheblich.** Denn sie begründen nicht nur den Anfangsverdacht einer bewussten staatlichen Irreführung, sondern auch die rechtliche Grundlage für die Wiederaufnahme von Ordnungswidrigkeitsverfahren (§ 359 Nr. 5 StPO). **Neue Tatsachen – etwa die politische Weisung zur Hochstufung der RKI-Risikobewertung oder die fehlende Überprüfung der Impfstoffsicherheit durch das PEI – waren zum Zeitpunkt der ursprünglichen Bescheide nicht bekannt. Sie genügen dem gesetzlichen Maßstab einer Wiederaufnahme.**

## **Kein Vertrauen ohne Korrektur**

Was bleibt, ist ein Staat, der sich seiner Verantwortung stellen muss. Das Versagen der Kontrollinstanzen – Parlament, Justiz, Medien, Fachbehörden – kann nicht

durch Verjährung oder Schweigen überwunden werden. Es braucht eine juristische Rückabwicklung: die Aufhebung von Bußgeldbescheiden, die Rehabilitierung zu Unrecht verfolgter Maßnahmenkritiker, die transparente Anerkennung von Impfpfern.

Das Grundgesetz ist kein Pandemiehandbuch – es ist der Rahmen, der gerade in der Krise gilt. Die hier dokumentierten Beweise zeigen: Dieser Rahmen wurde systematisch gesprengt. Die juristische Aufarbeitung ist kein Ra-cheakt, sondern ein Wiederaufbau des Vertrauens. Ohne sie bleibt der Bruch bestehen.

## **Werkzeuge der Aufarbeitung – konkret, zugänglich, gerichtsfest**

Recht braucht nicht nur Argumente, sondern auch Werkzeuge. Die juristische Beweisführung allein genügt nicht, wenn der Einzelne keinen Zugang zur Umsetzung hat. Genau hier setzt die Plattform **www.corona-wie-dergutmachung.de** an. Sie macht das Recht wieder an-

wendbar – für jeden Bürger, unabhängig von Vorwissen oder juristischer Vorbildung.

Die Webseite bietet eine strukturierte Möglichkeit, **gerichts-feste Begründungen** zur **Wiederaufnahme von Bußgeld- oder Strafverfahren** abzurufen. Alle zentralen Argumente, die in diesem Kapitel dargelegt wurden – etwa die politische Steuerung des RKI, die Unverhältnismäßigkeit der Maßnahmen oder die Impfnebenwirkungen – sind dort **übersichtlich dokumentiert, vollständig mit Quellen hinterlegt** und auf **konkrete Fallkonstellationen anpassbar**.

Mit wenigen Angaben (Verstoß, Datum, Ort) erstellt die Plattform **maßgeschneiderte juristische Schreiben**, die Bürger an ihre **Gemeindeverwaltung**, ihr **örtliches Amtsgericht** oder die zuständige **Staatsanwaltschaft** senden können – versehen mit detaillierten rechtlichen Belegen, Zitaten aus Gerichtsbeschlüssen und aktuellen Studien. Auch **Gnadengesuche** oder **Rehabilitierungsanträge** können dort vorbereitet werden.

Das Ziel ist klar: Nicht nur reden – sondern handeln. Nicht nur erinnern – sondern berichten. Und nicht nur auf Aufarbeitung hoffen – sondern sie **selbst einfordern**. *www.corona-wiedergutmachung.de* ist damit das juristische Rückgrat einer Bewegung von unten. Sie übersetzt Erkenntnis in Aktion, Unrecht in Antrag – und Empörung in Gerechtigkeit.

## Kapitel 8:

# Ausschluss – Das stille Leid der Corona-Zeitzeugen

### **Wenn Recht bricht, bricht auch Gemeinschaft**

Was geschah, war nicht nur ein politisches oder juristisches Versagen – es war auch ein sozialer Bruch. Millionen Menschen wurden nicht nur mit Bußgeldern belegt, sondern aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt. Wer Zweifel hatte, Fragen stellte, sich nicht impfen ließ oder auf seine Grundrechte bestand, wurde stigmatisiert – als Gefährder, als Spinner, als Egoist.

Diese Ausgrenzung war nicht abstrakt, sondern konkret: Eltern, denen der Zutritt zur Schule ihrer Kinder verweigert wurde. Pflegende Angehörige, die Sterbende nicht besuchen durften. Ungeimpfte Lehrer, denen das Gehalt gestrichen wurde. Künstler, Gastronomen, Heilpraktiker, Pfarrer – viele verloren nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz, sondern auch ihren Platz in der Mitte der Gesellschaft.

Diese Entwürdigung ist bis heute kaum aufgearbeitet. Sie geschah nicht nur durch staatliche Verordnungen, sondern durch das soziale Klima, das sie ermöglichte. Sie fand statt in Familien, Freundeskreisen, Kirchengemeinden, Betrieben. Und sie hat Spuren hinterlassen – Wunden, die nicht heilen, solange sie verschwiegen werden.

## **Corona-Zeitzeugen – Das Gedächtnis der Verstoßenen**

Die Plattform [www.corona-zeit-zeugen.de](http://www.corona-zeit-zeugen.de) gibt diesen Erfahrungen Raum, Stimme und Würde. Sie ist ein le-

bendiges Archiv der Ausschlüsse – gesammelt von jenen, die nicht gehört wurden. Nicht aus Groll, sondern zur Erinnerung. Nicht als Tribunal, sondern als Zeugnis. Denn wer das Vergangene nicht ausspricht, wird es wiederholen.

Hier berichten Menschen, was ihnen geschehen ist: die verhinderte Beerdigung, das verlorene Studium, das zerbrochene Arbeitsverhältnis, die diskriminierende Bemerkung, die einsame Silvesternacht. Es sind keine Randnotizen, sondern Dokumente eines kollektiven Gedächtnisverlusts, den wir uns nicht leisten können.

Jeder Beitrag wird überprüft, behutsam redaktionell aufbereitet und mit Datum, Ort und Maßnahme kategorisiert. So entsteht eine Chronik der Entwürdigung – über Bundesländer hinweg, über Altersgruppen, Milieus und politische Zugehörigkeiten hinaus.

Das Ziel ist doppelt: Zum einen Bewahrung – damit nichts verdrängt wird. Zum anderen Gerechtigkeit – denn diese Zeugnisse können auch als Beweismittel dienen, etwa bei Rehabilitierungsanträgen oder politi-

schen Entschuldigungen. **Was bezeugt ist, kann nicht länger geleugnet werden.**

## **Wer gehört werden will, muss zuerst erzählen dürfen**

Die Zeugnisse auf [www.corona-zeit-zeugen.de](http://www.corona-zeit-zeugen.de) sind kein Selbstzweck. Sie sind ein Aufruf zur Empathie – an Behörden, an Medien, an die Gesellschaft insgesamt. Viele der Betroffenen suchen nicht Rache, sondern nur eins: dass jemand zuhört. Dass jemand sagt: *„Das war Unrecht. Und es tut uns leid.“*

Die Seite ermöglicht dies – nicht nur digital, sondern auch lokal: mit Lesungen, Audioarchiven, Ausstellungen und Erinnerungszeichen in Kommunen. Denn Aufarbeitung beginnt dort, wo Menschen ihre Geschichte erzählen dürfen – ohne Rechtfertigungszwang, ohne Relativierung. Nur so wird aus Aufarbeitung auch Heilung.

TEIL IV

**DER NEUE  
WEG: ETHIK,  
ERINNERUNG,  
VERANTWORT-  
TUNG**

## Kapitel 9:

# Ethik statt Angst – Eine neue Grundlage des Zusammenlebens

## **Angst als Machtmittel – und ihre Folgen**

Die Corona-Jahre waren nicht nur eine Gesundheitskrise, sondern eine ethische Prüfung. Von Anfang an wurde Angst systematisch eingesetzt: als Steuerungsinstrument, als Legitimation für Eingriffe, als Mittel zur sozialen Kontrolle. Menschen wurden nicht durch Argumente überzeugt, sondern durch Szenarien erschreckt. Ein Kind, das seine Eltern „durch Umarmung töten könnte“ – dieses Bild ging durch Schulen und Medien.

Die Rhetorik war nicht rational, sondern archaisch: Schuld, Gefahr, Ausstoßung.

Diese Angst wirkte. Sie lähmte Kritik. Sie zerstörte Beziehungen. Sie trieb Menschen in Isolation, Gehorsam und psychische Erschöpfung. Und: Sie ließ die Schwelle des moralisch Erlaubten kontinuierlich sinken. Wer Angst hat, fragt nicht mehr nach dem Maß. Er gehorcht – und rechtfertigt später.

Doch Angst kann keine Grundlage für ein gelingendes Gemeinwesen sein. Sie zerstört Vertrauen, Autonomie und Würde – jene Fundamente, auf denen eine freiheitliche Demokratie eigentlich ruht. Die Rückkehr zu einer ethischen Grundlage beginnt daher mit einer Absage: **Nie wieder Angst als Politik. Nie wieder Angst als Pflichtgefühl.**

## **Kontrolle ist nicht Fürsorge – und Zwang kein Schutz**

Eine der gefährlichsten Verwechslungen der Corona-Politik war die Gleichsetzung von Kontrolle mit Schutz. Man glaubte, Leben retten zu können, indem man Menschen voneinander trennte, einsperrte oder ihnen bestimmte Handlungen aufzwingt. Doch was als Fürsorge bezeichnet wurde, war oft Übergriff. Was als Solidarität verkauft wurde, war in Wahrheit Konformitätsdruck.

Der Staat geriet in einen Modus ständiger Normsetzung – und die Gesellschaft in eine Atmosphäre moralischer Überwachung. Maskenträger gegen Maskenverweigerer. Geimpfte gegen Ungeimpfte. Bürger gegen Nachbarn. Diese Dynamik war nicht schicksalhaft – sie war gemacht. Und sie muss bewusst zurückgenommen werden.

**Ein ethisches Gemeinwesen schützt nicht durch Zwang, sondern durch Beziehung.** Es lebt von der freiwilligen Mitwirkung, nicht von der erzwungenen

Unterordnung. Es traut seinen Bürgern Urteilskraft zu – statt sie durch Verordnungen zu entmündigen.

## **Erinnerung an den Widerstand – Bonhoeffer, Bohley und das moralische Rückgrat**

Unsere Geschichte kennt Momente, in denen das Gewissen Einzelner stärker war als die Logik der Masse. Menschen wie **Dietrich Bonhoeffer**, der angesichts staatlicher Verbrechen fragte: „*Wer schreit, wenn Unrecht geschieht?*“ Oder **Bärbel Bohley**, die die DDR nicht mit einer Revolution, sondern mit stiller Beharrlichkeit erschütterte.

Diese Biografien zeigen: **Widerstand beginnt nicht mit Gewalt, sondern mit Wahrheit.** Mit dem Nein zur Lüge. Mit dem Mut, nicht mitzumachen – auch wenn es unbequem ist. In der Corona-Zeit standen viele Menschen genau an diesem Punkt. Sie wurden beschimpft, ignoriert, belächelt. Doch sie hielten fest an etwas Tieferem: ihrer inneren Verantwortung.

Diese Haltung braucht jetzt eine neue Wertschätzung. Nicht als rückwärtsgewandte Rechthaberei, sondern als Angebot für eine bessere Zukunft. Denn die Lektion ist klar: Nur wo Menschen bereit sind, auch gegen den Strom zu stehen, kann Freiheit überleben.

## **Eine Republik auf Augenhöhe – statt technokratischer Übergriffigkeit**

Die Pandemie hat gezeigt, wie fragil demokratische Prozesse sind, wenn sie unter dem Druck vermeintlicher Notwendigkeit stehen. Virologen wurden zu Ersatzpolitikern, Talkshows zu Gerichten, Ministerien zu Durchführungszentralen. Bürgerbeteiligung wurde zur Störung erklärt. Abweichende Meinungen zur Gefahr.

Doch das ist nicht Demokratie. Demokratie bedeutet: Streit, Differenz, Aushalten. Es bedeutet, dass nicht die Mehrheit automatisch Recht hat – und dass Minderheiten geschützt werden, auch wenn sie unbequem sind. Es bedeutet, dass Fragen erlaubt sind. Und dass Menschen

in Würde Nein sagen dürfen – auch zum Wohl der Gemeinschaft.

Was wir jetzt brauchen, ist kein „weiter so“ mit besseren Daten. **Wir brauchen eine neue Kultur des Umgangs. Eine Republik auf Augenhöhe.** Ein Staat, der dem Menschen dient – nicht umgekehrt. Eine Verwaltung, die erklärt statt exekutiert. Eine Gesellschaft, die zuhört, statt auszugrenzen. Und eine Wissenschaft, die nicht moralisiert, sondern ermutigt.

## Kapitel 10:

# Rehabilitierung und Würde

### **Wenn Recht versagt, bleibt die Würde**

Wer in den Jahren der Corona-Maßnahmen Bußgelder erhielt, Berufsverboten unterlag oder öffentlich diffamiert wurde, erlebte nicht nur eine juristische Sanktion – sondern eine tiefgreifende Kränkung. Viele dieser Maßnahmen waren später nicht haltbar, andere wurden nie wirklich überprüft. Doch die soziale Wirkung blieb: Stigmatisierung, Ausgrenzung, Sprachlosigkeit.

Diese Menschen tragen bis heute die Folgen – nicht nur auf dem Papier, sondern im Gedächtnis ihres Umfelds, in ihrer Biografie, in ihrem Selbstwertgefühl. Rehabilitierung bedeutet daher mehr als eine Aktennotiz. **Sie**

**ist eine Rückgabe von Würde.** Und sie ist der zentrale Prüfstein, ob ein Rechtsstaat auch dann zu sich selbst zurückfindet, wenn er geirrt hat.

## **Warum Bußgeldverfahren aufgehoben werden müssen**

Hunderttausende Bußgeldbescheide wurden während der Pandemie ausgestellt – für Verstöße gegen Maskenpflichten, Kontaktbeschränkungen, Quarantäneauflagen oder Versammlungsverbote. Viele davon beruhten auf Verordnungen, die im Nachhinein als **unverhältnismäßig oder verfassungswidrig** erkannt wurden – etwa wegen unklarer Ermächtigungsgrundlagen, mangelhafter Evidenz oder fehlender Verhältnismäßigkeit.

Die rechtliche Grundlage für eine Aufhebung dieser Bescheide ist gegeben – etwa über die **Wiederaufnahme nach § 359 Nr. 5 StPO**, sofern neue Tatsachen oder Beweismittel vorliegen. Genau das leisten inzwischen Gerichtsentscheidungen, PEI-Dokumente, RKI-Protokolle und Untersuchungsausschüsse. Es liegt nun am Bürger,

diese Instrumente zu nutzen – und am Staat, sich dem zu stellen.

Doch jenseits der Paragrafen gilt: Wer einen Bußgeldbescheid aufhebt, erkennt ein Unrecht an. Wer es nicht tut, erklärt den damaligen Zwang zum heutigen Recht. Und das darf in einem demokratischen Gemeinwesen nicht sein.

## **Der Gnadenerlass als politischer Imperativ**

Wo formale Wege versperrt sind, bleibt der Weg über das Gnadenrecht – ein selten genutztes, aber hochsymbolisches Mittel staatlicher Korrektur. Ein **Gnadenerlass**, etwa auf Landesebene, könnte Tausenden Betroffenen ihre Strafen erlassen – aus Gründen der Billigkeit, Milde und politischen Verantwortung.

Ein solcher Schritt wäre mehr als juristische Nachsorge. Er wäre ein öffentliches Zeichen: *„Wir haben überzogen. Wir korrigieren das.“* Länder wie Bayern haben bereits

sämtliche offenen Corona-Bußgeldverfahren eingestellt – andere könnten folgen. Ein gemeinsamer Gnadenerlass aller Landesregierungen wäre ein historischer Akt der Versöhnung.

## **Erinnerungszeichen – für die, die standgehalten haben**

Rehabilitierung braucht nicht nur Papier, sondern auch **Erinnerung im Raum**. Deshalb sollten Kommunen Gedenkorte schaffen – für die Schüler, die ausgeschlossen wurden, die Eltern, die nicht zu ihren Kindern durften, die Pfleger, die ihren Beruf verloren. Keine großen Mahnmale – aber kleine, stille Zeichen: Tafeln, Stolpersteine, Plaketten, Wanderausstellungen.

Solche Zeichen erinnern nicht nur – sie heilen. Sie machen sichtbar, dass Geschichte nicht neutral ist. Und dass es Mut brauchte, nicht mitzulaufen.

Auch Archive, Dokumentationszentren und Zeitzeugenprojekte – wie [www.corona-zeit-zeugen.de](http://www.corona-zeit-zeugen.de) – sind Teil

dieser Erinnerung. Denn eine Demokratie, die Unrecht nicht benennt, verliert ihre Seele.

## **Ein Weg der Heilung – nicht der Rache**

Rehabilitierung darf nie zur Anklage von Einzelnen werden. Es geht nicht darum, Schuldige zu benennen – sondern Betroffene zu würdigen. Nicht darum, den Staat zu vernichten – sondern ihn zu verbessern. Nicht um Rache – sondern um **Heilung**.

Diese Heilung beginnt dort, wo Menschen sich gesehen fühlen. Wo ihnen zugehört wird. Wo man ihnen sagt: *„Du hattest recht, aufzustehen. Und wir haben Dich gehört.“* Der Staat ist nicht allmächtig – aber er kann Fehler zugeben. Und das ist vielleicht seine größte Stärke.

## Kapitel 11:

# Internationale

# Beispiele – der Beweis, dass es anders ging

## Die große Lüge von der Alternativlosigkeit

Einer der zentralen Glaubenssätze der Corona-Jahre lautete: „*Es gab keine Alternative.*“ So wurde jeder Zweifel moralisch entwaffnet. Wer fragte, wurde als gefährlich diffamiert. Wer Vergleichsländer anführte, als verantwortungslos gebrandmarkt. Doch diese Behauptung war von Anfang an **falsch** – und sie ist heute widerlegt.

Zahlreiche Staaten wählten andere Wege – mit weniger Zwang, weniger Spaltung und oft besseren Ergebnissen.

Die Daten liegen vor, die Beobachtungen sind konsistent, die Schlussfolgerung ist klar: **Es ging auch anders. Und es ging besser.**

## **Schweden: Vertrauen statt Zwang**

Das bekannteste Beispiel ist Schweden. Ohne Lock-downs, ohne Maskenpflicht, ohne 2G-Regelungen ging das Land seinen eigenen Weg. Schulen blieben offen, Restaurants auch. Es gab Empfehlungen – aber kaum Vorschriften. Die Behörden trauten den Bürgern Verantwortung zu, statt sie zu kontrollieren.

Die Bilanz: keine signifikant höhere Übersterblichkeit als in anderen EU-Ländern. Laut WHO zählte Schweden im Zeitraum 2020–2022 zu den Ländern mit der **geringsten Übersterblichkeit Europas**. Die Gesellschaft blieb intakt. Es gab keine Spaltung, keine massenhafte Kriminalisierung von Kritikern, keine langfristigen Kollateralschäden wie in Deutschland.

Schwedens Regierung erklärte später: *„Verhältnismäßigkeit war unser Leitprinzip.“* Ein Satz, der in Deutschland gefehlt hat – und viel Unrecht hätte verhindern können.

## **Florida: Freie Entscheidung, stabile Gesellschaft**

Im US-Bundesstaat Florida hob Gouverneur Ron DeSantis viele Restriktionen frühzeitig wieder auf. Er untersagte Impfpflichten und Maskenzwänge, setzte auf individuelle Risikobewertung und lokalen Gesundheitsschutz. Schulen, Kirchen, Geschäfte: Alles blieb offen – unter klarer Orientierung an den Grundrechten.

Das Ergebnis: Florida hatte in der Gesamtbetrachtung **keine höhere COVID-Sterblichkeit** als viele andere US-Bundesstaaten mit harten Lockdowns. Gleichzeitig bewahrte es ein hohes Maß an sozialer Kohärenz. Es gab keine gesellschaftliche Fragmentierung, keine massenhafte Ausgrenzung. Das wirtschaftliche Leben erholte sich früh – und das Vertrauen in die Behörden blieb vergleichsweise stabil.

## Japan: Kultur der Rücksicht ohne autoritäre Eingriffe

Japan ist ein Beispiel für stille Wirksamkeit. Das Land setzte auf **freiwillige Kooperation** statt auf gesetzliche Repression. Es gab keine flächendeckenden Lockdowns, keine Strafmaßnahmen gegen Ungeimpfte, keine Pflicht zur Impfung oder Maskierung. Dennoch trugen viele Menschen Masken – freiwillig und aus kultureller Rücksichtnahme.

Die Regierung richtete ihre Kommunikation auf Risikogruppen aus, betonte den Schutz Älterer, verzichtete aber weitgehend auf autoritäre Sprache. Die Bevölkerung wurde nicht verängstigt, sondern einbezogen. Auch hier: Die COVID-Sterblichkeit blieb auf niedrigem Niveau, das Vertrauen in den Staat hoch. Die Grundrechte blieben gewahrt.

## Tansania: Der kritische Blick aus dem globalen Süden

Ein Sonderfall war Tansania unter Präsident John Magufuli. Der Staat verweigerte PCR-Massentestungen, lehnte Impfpflichten ab und betonte die Eigenverantwortung der Bevölkerung. Diese Haltung wurde international kritisiert – und doch verzeichnete das Land **keine Übersterblichkeit**, keine sozialen Kollateralschäden, keine Massenarbeitslosigkeit.

Natürlich sind Vergleiche mit Staaten des Globalen Südens mit Vorsicht zu behandeln – wegen anderer Bevölkerungsstruktur, Gesundheitssysteme und Meldepraxis. Doch sie zeigen: Auch unter anderen Voraussetzungen kann man **freiheitliche Alternativen** zur westlichen Krisenorthodoxie finden.

## Was uns diese Beispiele lehren

Diese Länder – Schweden, Florida, Japan, Tansania – haben eines gemeinsam: Sie haben **nicht automatisch**

**mitgemacht.** Sie haben ihre Entscheidungen **nicht an WHO-Parolen oder Modellszenarien** ausgerichtet, sondern an Verhältnismäßigkeit, kultureller Intelligenz und realer Lageeinschätzung. Und sie haben damit gezeigt:

**Alternativen waren möglich. Sie waren sichtbar. Und sie wurden mutig gewählt.**

Deutschland dagegen bestand auf einer autoritären Uniformität – und bezeichnete jede Abweichung als Gefahr. Wer Schweden lobte, galt als „Corona-Leugner“. Wer auf Florida verwies, als „Trumpist“. Wer Japan erwähnte, als „unvergleichbar“.

Doch die Wahrheit ist: Diese Länder existierten. Ihre Erfahrungen sind belegbar. Und ihr Beispiel ist ein Mahnmal gegen die Arroganz der Alternativlosigkeit.

## Kapitel 12:

# Der Staat beginnt beim Einzelnen

### **Die zentrale Erkenntnis: Du bist nicht machtlos**

Wenn dieses Buch eine Botschaft hat, dann diese: **Die Aufarbeitung beginnt nicht durch Beschlüsse – sondern durch Menschen.** Sie beginnt nicht in Berlin, nicht in Karlsruhe, nicht in Brüssel – sondern in Rathäusern, Gerichtssälen, Klassenzimmern, Wohnzimmern. Und sie beginnt nicht mit einem fertigen Plan – sondern mit der Entscheidung, *nicht mehr zu schweigen.*

Du musst kein Jurist sein. Kein Aktivist. Kein Politiker. Es reicht, **wenn Du Dich erinnerst – und handelst.** Auf Deine Weise. In Deinem Tempo. Mit den Mitteln,

die Dir zur Verfügung stehen. Die Demokratie ist kein Apparat, der in der Hauptstadt steht. Sie ist eine Haltung. Und sie wohnt in Dir.

## **Erste Schritte: Rechte einfordern, Verfahren anstoßen**

Wenn Du betroffen warst – durch Bußgelder, Diskriminierung, Ausgrenzung oder Zwang – dann hast Du heute die Möglichkeit, **Wiedergutmachung zu fordern**.

Nutze dazu:

[www.corona-wiedergutmachung.de](http://www.corona-wiedergutmachung.de), für rechtlich fundierte Schreiben zur Wiederaufnahme, Rückzahlung oder Rehabilitierung.

[www.corona-zeit-zeugen.de](http://www.corona-zeit-zeugen.de), um Deine Geschichte zu erzählen, öffentlich zu machen oder Teil des kollektiven Gedächtnisses zu werden.

[www.reformer.network](http://www.reformer.network), um Dich **mit Gleichgesinnten zu vernetzen**, gemeinsam lokale Initiativen zu starten, Aktionen zu planen oder neue Projekte aufzubauen. Hier entstehen Allianzen – von Bürger für Bürger, fernab von Parteipolitik, aber nah an echter Veränderung.

**Gemeinderat oder Stadtrat**, um Gedenkkarte, Erinnerungsveranstaltungen oder Entschlüsse zur Aufarbeitung anzustoßen.

**Schreiben an Behörden**, um Fragen zu stellen: Warum wurde mein Verfahren nicht aufgehoben? Warum wurde ich nie entschädigt? Warum wurde das nie überprüft?

Du wirst überrascht sein, wie viel Bewegung möglich ist, wenn einer anfängt. Und wie oft die Wahrheit nur einen Brief entfernt ist.

## Gemeinschaft suchen – und Haltung zeigen

Vielleicht hast Du in den letzten Jahren das Gefühl gehabt, allein zu sein. Du warst es nicht. Zehntausende Menschen haben das Gleiche erlebt. Hunderttausende haben still getragen, was ihnen widerfuhr. Was jetzt zählt, ist: **Verbindung**.

Reformer.network bietet dafür die Infrastruktur: ein geschützter Raum für Austausch, Koordination und Vertrauen. Ob Du eine lokale Aktionsgruppe gründen willst, juristische Hilfe suchst oder ein Mahnzeichen organisieren möchtest – hier findest Du Menschen, die nicht nur verstehen, was Du erlebt hast, sondern bereit sind, **mit Dir zu gestalten**.

Gleichzeitig braucht es **Haltung**. Nicht im Sinne moralischer Überlegenheit, sondern im Sinne innerer Klarheit. Wenn Du heute darüber sprichst, was Dir geschehen ist – sei klar, aber versöhnlich. Sag, was war. Fordere, was gerecht ist. Und verzichte auf das, was verletzt. Der

neue Staat, den wir brauchen, beginnt nicht nur in der Akte – sondern im Ton.

## **Warum dieser Weg ein langer ist – und sich trotzdem lohnt**

Wiedergutmachung ist kein Knopfdruck. Kein kurzer Prozess. Es wird Widerstände geben, Schweigen, Ablenkung. Viele Verantwortliche werden sich ducken, andere mauern, manche spotten. Das ist normal. Das war nach der DDR so, nach dem Nationalsozialismus, nach jedem großen Irrtum der Geschichte.

Aber: Jeder Akt der Anerkennung, jedes aufgehobene Bußgeld, jede öffentliche Entschuldigung ist ein Schritt. Und diese Schritte summieren sich – **zu einem anderen Land**. Einem, das gereifter ist. Ehrlicher. Widerstandsfähiger. Und menschlicher.

## **Zum Schluss: Deine Stimme zählt**

Vielleicht warst Du einer von denen, die früh gespürt haben, dass etwas nicht stimmt. Vielleicht warst Du auch einer, der erst spät gemerkt hat, was geschah. Vielleicht hast Du gezweifelt, geschwiegen, zugeschaut – oder protestiert, gestritten, gekämpft. Ganz gleich, wo Du standest:

**Jetzt ist die Zeit, Dich zu erinnern. Dich zu äußern.  
Dich zu vernetzen. Und Dich zu erheben.**

Die Corona-Jahre waren eine Phase des Vergessens: des Rechts, der Ethik, der Demokratie. Die nächsten Jahre müssen eine Phase des Erinnerns werden. Und das beginnt nicht mit Gesetzen – sondern mit Dir.

# WAS TUN, WENN DER STAAT VERSAGT – UND DAS RECHT SICH ABWENDET?

Während der Corona-Jahre wurden Millionen Bürger entrechtet, beschämt, verfolgt und ausgegrenzt. Maßnahmen, die vollständig auf falschen und unbelegten Tatsachbehauptungen beruhten, führten zu Bußgeldern, Berufsverboten und gesellschaftlicher Ächtung. Doch die Aufarbeitung von oben bleibt aus – zu groß ist ihre Angst vor den möglichen Konsequenzen.

Dieses Buch geht einen völlig neuen Weg der Aufarbeitung:  
von unten, durch die Bürger selbst.

Basierend auf juristisch fundierten Quellen, insbesondere Regierungsdokumenten, zeigt es, warum die Maßnahmen verfassungswidrig waren – und was jeder Einzelne tun kann, um sein Recht zurückzufordern.

Auf Grundlage dieser Beweise kann jeder Bürger eine Aufhebung von Bußgeldbescheiden und Urteilen verlangen.

Genau dafür ist die Webseite  
**[www.corona-wiedergutmachung.de](http://www.corona-wiedergutmachung.de)**  
geschaffen worden.

*Die Aufarbeitung beginnt nicht in Berlin.  
Sie beginnt bei Dir in Deinem Ort, durch Dich.*